

II-11352 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 40.271/25-1/93

1010 Wien, den 1.12.1993
Stubenring 1
Telefon (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft

Klappe

Durchwahl

5314/AB

1993-12-02

zu 5489/J

B e a n t w o r t u n g

der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten
Dr. Feurstein und Kollegen vom 3. November 1993,
Nr. 5489/J, betreffend wissenschaftliche Begleitung
der Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes

In der Anfrage beziehen sich die Abgeordneten auf die anlässlich der Beratung des Bundespflegegeldgesetzes im Ausschuß für Arbeit und Soziales vereinbarte wissenschaftliche Begleitung der Durchführung des Pflegegeldes.

Fragen 1, 2 und 3:

"Auf welche Weise wurde die wissenschaftliche Begleitung der Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes bisher organisiert?"

"Welche Aufträge wurden bisher in diesem Zusammenhang erteilt?"

"Welche weiteren Absichten bestehen, um diese wissenschaftliche Begleitung während der nächsten zwei Jahre zu gewährleisten?"

Antwort:

Bisher wurden keine Aufträge im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Begleitung der Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes erteilt.

- 2 -

Derzeit erfolgt eine Vorsondierung möglicher Interessenten betreffend die Durchführung einer oder mehrerer Studien zu den Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems, da nicht jedes Institut in der Lage ist, derartige umfangreiche Fragen wissenschaftlich zu bearbeiten. Danach erfolgt die Ausschreibung und nach Einlangen der Angebote innerhalb einer bestimmten Frist die Vergabe des Projekts.

Folgende Themenbereiche sollen im Rahmen dieser Studie(n) vor allem behandelt werden:

- Fragen der Einstufung;
- Auswirkungen des Pflegegeldes auf die pflegebedürftigen und pflegenden Personen;
- Auswirkungen auf die Angebotsseite der sozialen Dienste;
- finanzielle Auswirkungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und zwischen dem ambulanten und stationären Bereich sowie
- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Der Bundesminister:

